



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 21.11.2014

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 23.10.2014, 15:30 Uhr bis 18:18 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
------------------	-----------

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Sperling	Jüdische Kulturgemeinde - Synagogengemeinde Köln
-------------------------	--------------------------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Julia Woller	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Edith Garcia	Deutsches Rotes Kreuz
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Jugendrotkreuz
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen
- B Vortrag von Frau Oertel über die Kölner Selbsthilfegruppen

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014
2370/2014
- 3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 3.3 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.09.2014
2828/2014

4 Mitteilungen

- 4.1 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2013
2033/2014
- 4.2 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung 1034/2014
2353/2014
- 4.3 Bericht über die Arbeit der Interkulturellen Zentren in Köln 2013
2515/2014
- 4.4 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013
2634/2014
- 4.5 Stimmberechtigte Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Amtsperiode 2014 - 2020
2751/2014
- 4.6 Zwischenbericht des Kompetenzzentrums Frau & Beruf Region Köln
2969/2014

4.7 Sachstand Einschulungshilfe
2996/2014

5 Wohnen

5.1 Kommunales Wohnungsbauprogramm vom 15.05.2012 - Förderatlas
2623/2014

5.2 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014
2976/2014

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
2960/2014

7 Jobcenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters
2842/2014

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter
AN/0720/2014

10.2 Aktuelle Anfragen

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe: "Licht- und tontechnische Veranstaltungsbetreuung von kommunalen Bürgerhäusern/Bürgerzentren in Köln"
2391/2014

11.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht
2012 - 2013
2555/2014

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
2753/2014

13.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
2882/2014

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

15.1 Neue Beherbergungsstätte zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen
2860/2014

15.2 Flüchtlingsunterkunft Morkener Str. 20, 50767 Köln-Heimersdorf - Baubeginn, Baumfällungen
3048/2014

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet folgende sachkundigen Bürgerin und sachkundigen Bürger gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Frau Maria Verena Fontanazza-Russo (auf Vorschlag der CDU)

Herr Horst Ladenberger (auf Vorschlag der Grünen)

Der Vorsitzende Herr Paetzold verpflichtet folgende sachkundige Einwohnerinnen und sachkundigen Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel (auf Vorschlag der SPD)

Herr Markus Peters (auf Vorschlag der CDU)

Frau Britta Hollmann (auf Vorschlag der Grünen)

Frau Monika Reisinger (auf Vorschlag der Grünen)

Herr Alexander Sperling (Jüdische Kulturgemeinde – Synagogengemeinde Köln)

B Vortrag von Frau Oertel über die Kölner Selbsthilfegruppen

Der Vortrag von Frau Oertel ist der Niederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den interessanten Vortrag. Diesem Dank schließen sich Frau Gärtner, Frau Hoyer, Frau Schmerbach, Frau Heuser, Herr Detjen und Herr Scheffer an.

Frau Gärtner teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Arbeit der Selbsthilfegruppen auch weiterhin unterstützen werde.

Frau Schmerbach von der SPD-Fraktion schließt sich den Äußerungen von Frau Gärtner an. Sie fragt, ob sich Frau Oertel einen gemeinsamen Öffentlichkeitstag, von Ehrenamts- und Selbsthilfetag z.B. auf dem Neumarkt vorstellen könne.

Frau Oertel antwortet, dass sie sich das sehr gut vorstellen könne.

Frau Hoyer fragt, wie der thematische Wandel der Selbsthilfegruppen in den letzten Jahren aussehe.

Frau Oertel antwortet, dass Selbsthilfegruppen zu chronischen Erkrankungen in der Kölner Selbsthilfe rückläufig seien, obwohl diese Erkrankungen zunehmen. Ein Grund dafür sei, dass die Ärzteschaft besser über die verschiedenen Arten der chronischen Erkrankungen informiere. Ebenfalls rückläufig seien die klassischen Frauen und Männer Gruppen. Die psychischen Erkrankungen, die Suchtgefahren und Themen „rund um die Familie“ seien dagegen in der Selbsthilfe immer häufiger vertreten.

Herr Detjen schlägt vor, dass der Ehrenamtstag und der Selbsthilfetag weiter finanziell unterstützt werden solle und wenn möglich zu einem Tag verbunden werden solle.

Frau Schultes weist daraufhin, dass die Bürgerzentren Räume für Selbsthilfegruppen günstig vermieten würden.

Frau Oertel antwortet, dass sich bereits viele Selbsthilfegruppen in Bürgerzentren treffen würden, aber die Mieten seien erhöht worden, so dass sich die Selbsthilfegruppen dies auch nicht immer leisten könnten.

Frau Heuser teilt für Die Grünen mit, dass sie ebenfalls die Arbeit der Selbsthilfegruppen weiter unterstützen werde.

Frau Hollmann fragt, ob es eine Möglichkeit für die Selbsthilfegruppen gebe, finanzielle Rückstellungen zu bilden.

Frau Oertel antwortet, dass finanzielle Rückstellungen zwar theoretisch möglich seien, in der Praxis jedoch selten vorkommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Anfrage DER LINKEN vom 16.05.2014 (AN/0720/2014) zu TOP 10.2.1. aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.05.2014 2370/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 3.3 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 11.09.2014 2828/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

4 Mitteilungen

4.1 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2013 2033/2014

Herr Detjen stellt fest, dass die Anforderungen (vor allem im Bereich psychische Erkrankungen) in der Arbeitslosenberatung deutlich gestiegen seien. Er fragt, ob die personellen und finanziellen Ressourcen reichen würden, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Herr Dr. Schulz schlägt vor, eine Tagung zu diesem Thema abzuhalten, um einige Themen intensiver zu beleuchten und zu diskutieren.

Frau Hoyer fragt, wie hoch der finanzielle Umfang der Landesförderung sei.

Frau Wenner antwortet, dass die Zentren ausschließlich Sachkosten in Höhe von 15.600,- Euro erhalten würden. Die Beratungsstellen erhalten einen finanziellen Zuschuss von 80% einer Personalstelle zuzüglich 80% der 15.600,- Euro Sachkosten. Zusätzlich gebe es von der Stadt Köln anteilige finanzielle Mittel in Höhe von 10.000,- Euro für die Beratungsstellen und die Zentren einen Betrag von 7.600,- Euro.

Frau Heuser bittet um weitere Informationen zur Evaluation.

Frau Wenner antwortet, dass sie dem Sozialausschuss den gesamten Evaluationsbericht zur Verfügung stellen werde. Sie antwortet auf die Frage von Herrn Detjen, dass Menschen die arbeitslos seien, häufiger psychisch krank sein, als Menschen in Arbeit. Diese Erkenntnis sei nicht neu, allerdings sei die psychosoziale Beratung komplexer und vielschichtiger geworden und nehme einen höheren Beratungsanteil in Anspruch. Es können sicherlich noch mehr Beratungsstellen eingerichtet werden. Dies würde jedoch weitere finanzielle Mittel benötigen, die nicht vorhanden seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf den Vorschlag von Herrn Dr. Schulz hin, die angesprochene Thematik in einer gesonderten Veranstaltung noch einmal zu vertiefen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.2 Stellungnahmen der Mitglieder des Expertenbeirats Inklusion Köln zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen und zur Umsetzung des Inklusionsplans der Stadt Köln für Kölner Schulen - Ergänzung zur Mitteilung 1034/2014 **2353/2014**

Frau Schmerbach fragt, ob der ganzheitliche Ansatz zum Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen mit betrachtet werde. Sie fragt, ob es stimmen würde, dass eine Schule in Nippes Inklusion so praktiziere, dass die Schüler/innen welche ein Handicap aufweisen würden, alle in einer Klasse unterrichtet und damit separiert würden.

Frau Gärtner fragt, ob es bei allen Bemühungen gelinge, Inklusion wirklich flächendeckend in den Kölner Schulen zu praktizieren. Sie hält eine schrittweise Vorgehensweise zur Einführung der Inklusion in Kölner Schulen für erfolgversprechender als eine schlechte Einführung an allen Kölner Schulen.

Frau Lerchner bemerkt, dass die Steuerungs- und Koordinierungsstellen nicht optimal arbeitsfähig seien. Sie fragt, ob in diesem Bereich nicht genügend Ressourcen bestehen würden oder ob es weitere Probleme gebe. Sie fragt, ob es Probleme in der Öffentlichkeitsarbeit gebe, da anscheinend die Eltern nicht die notwendigen Informationen erhalten.

Frau Albrot antwortet, dass Ziel des Inklusionsbegriffes sei, dass Inklusion ein ganzheitlicher Ansatz werde. Allerdings würden Kinder, mit einem besonderen Förderbedarf besonders in den Focus genommen.

Die Klassenzusammenstellung werde von den Schulleitungen gut überlegt, dies sei jedoch ein sehr komplexer Vorgang und nicht Aufgabe der Verwaltung. Zu den Vorgängen in der Nippeser Schule könne sie keine Aussagen tätigen.

Die Schwerpunktschulen werden derzeit ausgewählt und künftig so ausgestattet, dass dort Schüler, die eine besondere Ausstattung benötigen, unterrichtet werden können, vor allem Schülerinnen und Schüler mit körperlich-motorischen Beeinträchtigungen oder Sinnesschädigungen. Der Elternwille sei jedoch entscheidend für die Schulauswahl. Sehr viele Eltern in Köln wünschten für ihre Kinder die allgemeine Schule und die Schulaufsicht und die Verwaltung versuche, den Elternwunsch so weit wie möglich zu erfüllen.

Die Steuerung der Maßnahmen zur Umsetzung des Inklusionsplans erfolgt durch eine ämterübergreifende Lenkungsgruppe. Die Koordinierung der Schulplätze für „Gemeinsames Lernen“ erfolgt durch die Inklusionskoordinatoren, also die Schulaufsicht. Eine verbesserte Unterstützung der Schulen solle durch eine regionale Vernetzung praktiziert werden, diese sei jedoch noch im Aufbau. Die Öffentlichkeitsarbeit soll durch die regionale Vernetzung verbessert werden. Außerdem wurde ein Elternberatungsnetzwerk aufgebaut, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Elterninformation weiter zu verbessern.

Frau Heuser fragt, ob vorhandene Strukturen der regionalen Netzwerke/Zentren bereits abgebaut wurden?

Herr Ladenberger lobt die vorliegenden Informationen. Er fragt, wer für die Stellenausstattung in den Schulen verantwortlich sei.

Frau Schmerbach fragt, ob und wie der Prozess der Inklusion in der offenen Ganztagschule praktiziert werde.

Frau Albröt antwortet, dass es durch die rechtliche Lage derzeit nicht möglich sei „Unterstützungszentren“ einzurichten, dass aber versucht werde, eine regionale Vernetzung in allen Stadtbezirken aufzubauen. Das Stellenpersonal für die Förderschwerpunkte Lernen, Emotionale und Soziale Entwicklung sowie Sprache werde tatsächlich jetzt anders berechnet, dies könne sich für einige Schulen negativ auswirken. Offene Ganztagschulen werden ebenfalls inklusiv entwickelt.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.3 Bericht über die Arbeit der Interkulturellen Zentren in Köln 2013 2515/2014

Herr Detjen fragt, ob die Verwaltung mit den Interkulturellen Zentren eine längere Laufzeit für die Finanzierung (bislang jahreweise) vereinbaren könne. Auch würde er eine gemeinsame Vorgehensweise der demokratischen Kräfte zum Angebotsausbau der interkulturellen Zentren begrüßen. Er betont, dass eine Höherstufung von Zentren der niedrigen Kategorie in eine höhere Kategorie sehr wichtig sei, weil z.B. das interkulturelle Zentrum in Chorweiler eine höhere Förderung benötige.

Herr Dr. Qinten fragt, wie hoch der Anteil von Menschen, welche die Sprachförderung in Anspruch nehmen, sei. Er fragt, ob eine Unterscheidung der Zielgruppen in Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge, nach deutschem Asylrecht oder laufendes Asylverfahren

stattfinden könne. Es könne nicht sein, dass diese Zentren auch für illegale Flüchtlinge zuständig seien. Er sei verwundert, dass die kulturelle Identität der deutschen Bevölkerung in dem Bericht nicht herausgearbeitet werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt sein Unverständnis über die Äußerungen von Herrn Dr. Quinten an. Aus dem Plenum erhält der Vorsitzende allgemeine Zustimmung.

Frau Hoyer fragt, wie das Geld verteilt werde, da sechs Zentren zwar anerkannt seien, aber durch die Förderung derzeit nicht berücksichtigt werden könnten.

Frau Reker antwortet, dass die Förderfähigkeit immer wieder neu überprüft und die Anerkennung neu ausgesprochen werde. Damit Bestehende für die anerkannten, aber nicht berücksichtigten Zentren weiterhin die Möglichkeit, dass diese zukünftig eine finanzielle Förderung erhalten könnten (Nachrückverfahren).

Herr Dr. Schulz weist auf eine Ausstellung über deutsche Kultur im British Museum hin. Die Identität der Deutschen sei durch interkulturellen Austausch geprägt. Dies sei auch die Aufgabe der Interkulturellen Zentren, die auch weiter finanziell zu unterstützen seien.

Frau Heuser lobt den Bericht. Sie fragt, ob die 35 geförderten Zentren kleine Zentren seien.

Herr Ellerbrock antwortet, dass es 14 große, 15 mittlere und sechs kleine Zentren gebe. Die großen Zentren würden eine finanzielle Förderung von 18.000,- Euro, die mittleren Zentren 8.000,- Euro und die kleinen Zentren 4.000,- Euro pro Jahr erhalten.

Frau Reker antwortet Herrn Detjen, dass längere Laufzeiten mit der Kämmerei abgestimmt werden müssten, da mit dem Abschluss entsprechender Verträge rechtliche Verpflichtungen für die Zukunft begründet werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.4 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln Bericht 2013 2634/2014

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4.5 Stimmberechtigte Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in der Amtsperiode 2014 - 2020 2751/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.6 Zwischenbericht des Kompetenzzentrums Frau & Beruf Region Köln 2969/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, ob es Maßnahmen der Verwaltung gebe, das Kompetenzzentrum zu verstetigen.

Frau Gramm antwortet, dass die Förderphase aus EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung der Europäischen Union) auslaufen würde. Momentan werde ein neuer Antrag gestellt, der dann hoffentlich wieder von EFRE gefördert werde und damit das Kompetenzzentrum mit den vier hauptamtlichen Kräften weiter geführt werden könne.

Frau Schmerbach fragt, nach der Wirkungsanalyse der Programme und inwieweit sich Frauen nach der Beratung beruflich neu orientieren würden.

Frau Gramm antwortet, dass eine unmittelbare Wirkung auf die Frauen nicht festzustellen sei. Das Kompetenzzentrum berate insbesondere Unternehmen und Unternehmensverbände, weniger Einzelpersonen.

Frau Hollmann fragt, ob 78 Unternehmen beraten worden seien und wie viele Unternehmen im Anschluss an die Beratung bewegt werden konnten, Teilzeitberufsausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Weiter bittet sie um eine Auskunft, wie sich die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter gestalten würde.

Frau Gramm antwortet, dass keine unmittelbaren Rückschlüsse von Beratungen zu Teilzeitberufsausbildungsplätzen möglich seien. Die Kooperation führe dazu, dass die Unternehmen zu diesen Themen besser sensibilisiert werden. Die Kooperation mit dem Jobcenter sei gut.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.7 Sachstand Einschulungshilfe 2996/2014

Herr Detjen bittet, dass die Haushaltsmittel so bestehen bleiben und nicht gekürzt werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Kommunales Wohnungsbauprogramm vom 15.05.2012 - Förderatlas 2623/2014

Herr Ladenberger fragt, ob das Verfahren für außenstehende Investoren noch praktikabel sei oder ob man das Bewilligungsverfahren noch einfacher gestalten könne.

Herr Detjen fragt, ob sich die Bearbeitungsdauer von bis zu einem Jahr verkürzen lasse.

Herr Ludwig antwortet, dass das Verfahren sowohl praktikabel sei und dass auch außenstehende Investoren nach wie vor Anträge stellen würden.

Der Tagesordnungspunkt wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

**5.2 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014
2976/2014**

Dieser Tagesordnungspunkt wird ohne weitere Nachfragen in die nächste Sitzung verschoben.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

**6.1 Sachstand Programm MÜLHEIM 2020
MÜLHEIM 2020 - Gesamtprogrammbericht
2960/2014**

Frau Heuser fragt, wann der Ausschuss Soziales und Senioren mit der Evaluation rechnen könne.

Herr Oster antwortet, dass die Evaluation bereits angelaufen sei, und dass der Ausschuss Soziales und Senioren in einer der nächsten Sitzung damit rechnen könne.

Der Tagesordnungspunkt wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen

7 Jobcenter Köln

**7.1 Bericht des Jobcenters
2842/2014**

Frau Heuser fragt, ob in einer Übersicht dargestellt werden könne, wie viele Plätze es im Programm gab und welche Kosten entstehen.

Herr Wagner sagt für die kommende Sitzung zu, dass das Jobcenter eine Übersicht dazu vorbereite.

Herr Kersjes möchte wissen, ob es aufgrund der finanziellen Einsparungen in 2014 Einschränkungen zu verzeichnen gäbe und ob dazu schon eine Aussage getroffen werden könne. Für 2015 möchte er eine Aussage/Einschätzung des Jobcenter haben – eventuell an den Überschriften des Berichts orientiert -, ob in 2015 weiterhin ein gleicher Bedarf besteht, oder dieser Bedarf voraussichtlich sinkt oder ansteigt.

Herr Wagner sagt auch hier für die kommende Sitzung zu, dass eine Antwort vorbereitet werde.

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

Frau Schmerbach erinnert an den Antrag, zum Thema Kantinenbetrieb in städtischen Einrichtungen oder stadtnahen Gesellschaften der am 14.11.2013 von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gestellt wurde. Der Prüfbericht sollte im Frühjahr 2014 vorliegen.

Frau Reker antwortet, dass es noch keine vollständige Rückmeldung der städtischen Betriebe gebe. Die Kantine im Kalk-Karree sei bereits ausgeschrieben und der Beschluss sehe vor, dass vorzugsweise ein Integrationsbetrieb zu berücksichtigen sei. Der Kantinenbetrieb im Bezirksrathaus-Kalk werde bereits durch die Alexianer betrieben.

Frau Schmerbach dankt für die teilweise Beantwortung. Jedoch bittet sie darum in der nächsten Sitzung weitere Informationen zu diesem Thema zu erhalten. Weiterhin regt sie an, dass der Kantinenbetrieb der Feuerwehr vorzugsweise von einem Integrationsbetrieb übernommen werden solle.

10.1.1 Verletzung des Sozialgeheimnisses durch das Jobcenter AN/0720/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt die Beratung dieses Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung.

10.2 Aktuelle Anfragen

Herr Ladenberger fragt zum Thema barrierefreier Wohnraum:

- wie die Instrumente bei dem Entstehen von barrierefreiem Wohnraum funktionieren und wie den Menschen, welche einen Bedarf an barrierefreiem Wohnraum haben, diese Wohnungen vermittelt werden.
- Bestehe eine Verpflichtung, bei der Beanspruchung von Fördermitteln für barrierefreien Wohnraum diesen Wohnraum auch an Menschen, mit Behinderung, zu vermieten.

Herr Ludwig antwortet, dass es keine Verpflichtung gebe, barrierefreien Wohnraum mit Menschen zu belegen, die diesen Wohnraum aufgrund ihres Handicaps benötigen. Anders sei es bei Rollstuhl-gerechtem Wohnraum. Dahinter liege aber auch noch einmal eine spezielle finanzielle Förderung. Wenn diese Förderung in Anspruch genommen werde, muss der Wohnraum an einen Menschen vermittelt werden, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Seit über zehn Jahren werde in Köln barrierefrei gebaut. Es gebe aber keine Vorschrift, wonach dieser Wohnraum ausschließlich an Menschen mit Handicap vermittelt werde. Dieser Wohnraum stehe allen Kölner Menschen zur Verfügung.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass Herr Ladenberger mit der Antwort zufrieden ist.

Frau Heuser fragt, ob es eine Gesamtaufstellung zu dem Ratskonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen aus dem Jahr 2011 gebe, welches durch weitere Maßnahmen und Beschlüsse ergänzt wurde.

Frau Reker antwortet, dass es eine solche Aufstellung nicht gebe. Es gebe eine Arbeitsgruppe Konzepte des „Runden Tisches für Flüchtlinge“, da sich die Welt und damit natürlich auch die Arbeitsplanungen zu dem Thema „Flüchtlinge“ verändert hätten. Die neuen Planungen beziehen sich bis auf das Jahr 2018 und diese enthalten sowohl die aktuellen Zahlen als auch die Ressourcen, welche momentan zur Verfügung stehen. Über die weiteren Entwicklungen werde der Sozialausschuss und ggf. weitere Ausschüsse zeitnah informiert.

Frau Heuser ist mit der Antwort zufrieden.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe: "Licht- und tontechnische Veranstaltungsbetreuung von kommunalen Bürgerhäusern/Bürgerzentren in Köln" 2391/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt zwei Fragen. Erstens fragt er, ob Gegenstand des Vertrages auch die Betreuung der Veranstaltung in den Bürgerhäusern durch die Techniker sei. Zweitens fragt er, ob die nicht kommunalen Bürgerhäuser dem Vertrag der kommunalen Bürgerhäuser beitreten können oder zumindest die gleichen Konditionen erhalten können.

Frau Heuser fragt, wie die Zählung der Veranstaltungen zu Stande komme.

Frau Gärtner fragt, ob die aufgeführten Kosten durch die eingenommenen Gebühren teilweise gedeckt würden.

Herr Guth antwortet, dass die Techniker die Betreuung bei den Veranstaltungen in den Bürgerhäusern übernehmen würden. Dies sei eine vertragliche Grundlage. Dies sei notwendig, da je Größe der Veranstaltungen (Raumgröße über 500 Personen) den Einsatz eines Technikers oder eines Meisters erforderlich mache. Auf die zweite Frage von Herrn Paetzold antwortet er, dass eine gemeinsame Einkaufsorganisation mit den kommunalen Bürgerhäusern bzw. ein Beitritt zu dem städtischen Vertrag der kommunalen Bürgerhäuser nicht möglich sei.

Auf die Frage von Frau Heuser antwortet er, dass die in der Vorlage angegebene Anzahl sich auf Veranstaltungen beziehe, bei denen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben Techniker oder Meister anwesend sein müssen. Die tatsächliche Anzahl der Veranstaltung sei deutlich höher als in der Vorlage angegeben.

Zur Anfrage von Frau Gärtner antwortet er, dass ein Teil der aufgeführten finanziellen Aufwendungen durch erhobene Gebühren kompensiert werde. Es sei jedoch notwendig, dass die in der Vorlage aufgeführte Summe auch verausgabt werde.

Herr Dr. Schulz fragt, ob bei den freien Trägern der finanzielle Bedarf über ein ähnliches Verfahren abgedeckt werden könne.

Herr Guth antwortet, dass die freien Träger der Bürgerhäuser untereinander diese Frage klären sollen. Diese hätten bisher entschieden, eher getrennte Wege zu gehen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft die Beschlussvorlage zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 5 (1) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln stellt der Sozialausschuss den Bedarf zur Vergabe einer „licht- und tontechnischen Veranstaltungsbetreuung von kommunalen Bürgerhäuser/Bürgerzentren in Köln“ mit einem Auftragsvolumen von ca. netto 154.000 € (brutto ca.183.300 €) für die Jahre 2015/2016 fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**11.2 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht 2012 - 2013
2555/2014**

Herr Detjen fragt zu dem Thema Lentpark:

- Wie der aktuelle Sachstand zur Barrierefreiheit Lentpark unter Berücksichtigung der zurückgezogenen Vorlage für die letzte Sitzung Stadt AG Behindertenpolitik sei.

Er bittet die Verwaltung, eine schriftliche Mitteilung zu verfassen und diese Mitteilung dann auch dem Sportausschuss und dem Finanzausschuss zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold kritisiert, dass ein neu gebautes Schwimmbad (Lentpark) nicht barrierefrei gebaut wurde. Er unterstützt den Vorschlag von Herrn Detjen.

Herr Scheffer lobt die Arbeit der Stadt AG Behindertenpolitik.

Frau Schmerbach schlägt vor, die Ausbildungsquote von behinderten Jugendlichen bei der Stadt Köln zu erhöhen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für die Ausschüsse des Rates
2753/2014**

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Rat ernennt gemäß § 23 a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 58 Abs. 4 GO NRW und dessen Vertreterinnen bzw. deren Vertreter in die folgenden Ausschüsse:

Ausschuss	Sachkundige/ Einwohner/in	Vertreter/in
Ausschuss Allg. Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales	Marcel Adolf	NN
Bauausschuss	Gisela Grüßer	NN
Jugendhilfeausschuss	Juliane Passavanti	Ibrahim Turhan
Gesundheitsausschuss	Uta Grimbach-Schmalfuß	Gerdi Hugoth
Ausschuss für Kunst und Kultur	Ute Palm	Uta Grimbach-Schmalfuß
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Annette Kellinghaus-Klingberg	Stephanie Stangier
Ausschuss für Soziales und Senioren	Vicky Püllen	Michael Müller
Sportausschuss	Sandra Meinert	Helmut Nikelis
Stadtentwicklungsausschuss	Barbara Röttger-Schulz	NN
Verkehrsausschuss	Bernd Fahlenbock	Horst Ladenberger
Ausschuss für Umwelt und Grün	Barbara Röttger-Schulz	NN

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt** bei Stimmenthaltung von Herrn Ladenberger

13.2 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender 2882/2014

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschlussvorschlag:

- Der Rat der Stadt Köln wählt auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender folgende sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	Sachkundige/r Ein-	Vertreter/in
-----------	--------------------	--------------

	wohner/in	
Ausschuss für Soziales und Senioren	Carolina Brauckmann Rubicon e.V.	Clemens Wittenbrink Rheinfetisch e.V.
Gesundheitsausschuss	Thilo Fussen SchwIPS e.V.	Michaela Diers Aidshilfe Köln
Ausschuss Kunst und Kultur	Jochen Saurenbach Rheinfetisch e.V.	Ina Wolf KLuST e.V.
Sportausschuss	Björn Blank SC Janus e.V.	Armin Lohrmann SC Janus e.V.
Stadtentwicklungsausschuss	Marco Malavasi LSVD Köln	Jürgen Ulrich KLuST e.V.
Wirtschaftsschuss	Claudia Mehwaldt KLuST e.V.	Pascal Siemens KLuST e.V.
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	Marco Malavasi LSVD Köln	Peter Enke Völklinger Kreis
Jugendhilfeausschuss	Thomas Haas Jugendzentrum anyway	Jürgen Piger Jugendzentrum anyway
Ausschuss für Schule und Weiterbildung	Bodo Busch Rubicon e.V.	

In der Sitzung wird die Vorlage um den Ausschuss für Schule und Weiterbildung – mit dem Sachkundigen Einwohner Bodo Busch (von Rubicon e.V.) - erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

**15.1 Neue Beherbergungsstätte zur Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen
2860/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

**15.2 Flüchtlingsunterkunft Morkener Str. 20, 50767 Köln-Heimersdorf - Bau-
beginn, Baumfällungen
3048/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nicht-Öffentlichkeit her.